

# WER SICH ZUERST BEWEGT...

## DIE FINANZIELLE NOTLAGE DER FREIEN SZENE IN KÖLN SPITZT SICH ZU

Die Stadt Köln bewegt sich nahe an der Zahlungsunfähigkeit, soviel wissen wir. Im März diesen Jahres wurde daher im Rat beschlossen, erst im Oktober über den Doppelhaushalt 2010/11 zu entscheiden - denn vielleicht sieht die Wirtschaftslage in zwei Jahren ja schon wieder anders aus. Eine nachvollziehbare Entscheidung, die nur einen Nachteil hat: Sie wirkt sich auf die Kölner freie Szene katastrophal aus. Da sich die Stadt in einer haushaltslosen Zeit befindet, dürfen die Ausgaben nur in engen Grenzen gehalten werden. Für Köln bedeutet das aktuell: Was nicht „unaufschiebbar“ ist, muss nicht bezahlt werden. Während die institutionelle Förderung also weiterläuft, da von ihr ja fixe Kosten bestritten werden müssen, sieht das für die freien Gruppen ohne feste Häuser ganz anders aus: Es besteht momentan die Order, bereits vorausschauend zu kürzen, bis zum 30. Juni dürfen weniger Gelder ausgezahlt werden als bewilligt. Schon vor einigen Wochen wurden die freien Theater dazu aufgefordert, ihr „wirtschaftliches Gebaren“ den drohenden Kürzungen anzupassen, es wurde angekündigt, dass man sich auf die Auszahlung der einst bewilligten Gelder nicht verlassen könne. Auch bei der neuen Vergabe der Projektmittel hat sich das Kulturamt angepasst: bei der Verteilung der Projektgelder wurden rund 18 Prozent vorausschauend eingespart, der Rat entschloss sich, die Mittel an die freien Gruppen im zweiten Quartal des Jahres auf Grundlage des Haushaltsplan-Entwurfes von 2010 nur gekürzt auszuzahlen.

„Wenn wir in den Vorjahren rund ein Drittel aller eingereichten Anträge berücksichtigen konnten, so waren es in diesem Jahr nur ein Viertel“, sagt etwa die Referentin für Tanz und Theater Gisela Deckart dazu. Auf der letzten Kulturausschusssitzung Anfang Mai malte

Winfried Gellner, zeitweise Theaterreferent der Stadt Köln, bereits ein düsteres Szenario an die Wand, was die verzögerte Auszahlung für die freie Szene bedeutet: Museumsprojekte stünden vor dem Aus, freie Gruppen seien zahlungsunfähig und gerieten in die persönliche Schuldenfalle. „Viele stehen mit einem Bein in der Insolvenz“. Niemand könne Leute engagieren oder Verträge abschließen, künstlerische Arbeit sei so unmöglich. Das größte Problem ist aber: „Wenn gekürzt wird, müssen wir andere Gelder, etwa die vom Land oder von Stiftungen, zurückzahlen, da sie an die Projektförderung geknüpft waren“, erläutert Jörg Fürst vom Ensemblenetzwerk Freihandelszone, „Manchmal habe ich das Gefühl, gerade zu erleben, wie die freie Szene in Köln abgeschafft wird - das ist Wahnsinn“. Er kennt viele Kollegen, die massive Liquiditätsprobleme haben. Darüber reden möchte konkret niemand. „Es herrscht in der Szene gerade das Gefühl vor: Wer sich zuerst bewegt, wird erschossen. Man versucht offenbar, dass sich die freie Szene von selbst erledigt, indem langsam der Finanzhahn zugekehrt wird und diejenigen, die Probleme haben, von selbst aufgeben - während anderenorts wöchentlich 130.000 Euro in die Luft fliegen im nicht untervermieteten EXPO-Gelände“, meint er.

### KEINE EINBRÜCHE ODER EXISTENZVERNICHUNG?

Wie ein Hohn muss für ihn daher der Auszug aus einem Schreiben von Kulturdezernent Prof. Georg Quandt vom April erscheinen, in dem wörtlich steht: „Zur Zeit sind noch keine irreparablen Einbrüche in der freien Kunstszene zu erkennen.“ Dennoch ist man sich im Kulturamt der großen Gefahr bewusst, die darin liegt,

dass bei Kürzungen der Stadt bereits bewilligte Drittmittel ebenfalls zurückgezahlt werden müssen - das war auch Thema auf der Kulturausschusssitzung Anfang Mai. Doch letztlich gab es auch dort keine Lösung. Zwar griffen die kulturpolitischen Sprecher der Fraktionen dankbar die Initiative von Winfried Gellner auf, bei der nächsten Sitzung Ende Juni eine Bestandsaufnahme der gefährdeten freien Projekte und Gruppen zu machen. Dann wird es für viele jedoch bereits zu spät sein.

Noch ein weiteres Problem wurde auf der Sitzung besprochen: Selbst wenn die Stadt Gelder freigeben würde, um akute Insolvenzen zu vermeiden, hätte letztlich der Regierungspräsident Einspruchsrecht, da die Stadt momentan eine vorläufige Haushaltsführung betreibt. „Wer regiert die Stadt?“, fragte die kulturpolitische Sprecherin der Grünen, Brigitta von Bülow, daher auch polemisch und meinte, dass die Stadt momentan keinen Spielraum habe, der freien Szene zu helfen, da der Regierungspräsident dies nicht zulasse. „Im Ernstfall sind Ratsmitglieder auch persönlich haftbar, wenn es Entscheidungen zu beanstanden gibt“, sagt sie.

Was im Oktober letztlich für Kürzungen beschlossen werden, kann niemand vorhersagen. Wer in der freien Szene dann wegen der aktuellen Kürzungen bereits aufgeben musste, ist ebenfalls nicht vorherzusehen.

Dass es noch schlimmer kommt, befürchten jedoch die meisten. Was wäre das für ein fatales Signal in einer Theatersaison, die mit der Verabschiedung des Kulturentwicklungsplans doch so verheißungsvoll für die freie Szene begonnen hatte. Es wird vermutlich Existenzen vernichten.

# PILOTPROJEKT FÜR DIE FREIE SZENE

## DIE „RESIDENZTAGE“ HELFEN FREIEN GRUPPEN, MEHR ZU SPIELEN - BERGEN ABER AUCH RISIKEN

In Köln gibt es ca. 60 freie Theatergruppen ohne festen Spielort. Oft stehen sie vor dem Problem, dass sie ihre Stücke nach der Premiere und einigen Folgeaufführungen nie wieder abspielen können - es fehlt an Geld und Orten für Wiederaufnahmen, ein grundsätzliches Problem der freien Szene, nicht nur in Köln.

Mit einem neuen Förderinstrument, den sogenannten „Residenztage“, soll sich das ändern: die Stadt Köln hat dem neuen, wunderschönen Comedia Theater in der Südstadt Spieltermine abgekauft und stellt sie nun der freien Szene zur Verfügung. Jede städtisch geförderte Gruppe kann sich bewerben, erhält eine große Bühne und kann die gesamten Eintrittserlöse behalten. Wer spielen darf, entscheiden Kulturrat und Comedia gemeinsam, da die Gastspiele ins künstlerische Profil passen sollen.

Zwar gab es bisher auch eine städtische Abspielförderung, aber sie funktionierte anders: Der Spielort wurde von der Gruppe gewählt, mit ihm wurde eine Einnahmeteiligung verhandelt, die städtische Förderung war ein Zuschuss zur Honorierung der Künstler und Techniker. Doch diese Art der Förderung sei „ein Konstrukt, das nicht flüssig funktioniert“, so Kulturreferentin Gisela Deckart, man habe in einer Sitzung mit dem Theaterbeirat nach gerechteren Lösungen gesucht. Dabei

entstand die Idee der „Residenztage“, ein bundesweites Pilotprojekt. Aber warum findet das Ganze ausgerechnet im Comedia Theater statt, in einem ohnehin von der Stadt stark geförderten Haus? Es sei qualitativ nun mal der hochwertigste Raum für diese Zwecke, so Deckart, „es gibt zwei sehr gut ausgestattete Bühnen, die haben eine vernünftige Größe und Höhe, variable Möglichkeiten und größere Zuschauerräume“. Zudem mache die Comedia durch die „Residenztage“ keinen Gewinn, sondern bezahle die eigene Technik damit. Die für die Pilotphase anberaumten 30 Spieltage kosten insgesamt 26.000 Euro. Hiervon übernimmt das städtische Kulturrat 11.000, die restlichen 15.000 kommen von der Kulturstiftung Matrong. Die Stiftung, dessen Gründer Horst Matrong auch Mitglied im Theaterbeirat ist, unterstützt unter anderem die Entwicklung von Theaterkonzepten.

Was sich zunächst anhört wie ein großzügiges Geschenk der Stadt an die freie Szene, stößt hingegen auch auf Bedenken. „Es ist für freie Gruppen mit einem hohen Risiko behaftet, da sie ausschließlich von den Abendeinnahmen abhängig sind, aber selber fixe Kosten haben, die getragen werden müssen“, gibt etwa Jörg Fürst vom A.TONAL.THEATER zu bedenken, der in der Comedia am 15. / 16. September seinen Jandl-Abend



Ergatterten bereits Spieltermine: das wehrtheater mit dem zweiten Teil des „Medea-Komplex“ ...



... und „WUALITZAAA“ vom A.TONAL.THEATER. © VKKBA / Fotos: Weimer

„WUALITZAAA“ endlich wieder spielen wird. „Das Konzept der Residenzen ist dann für uns interessant, wenn es als zusätzliches Förderinstrument neben die bisherige Abspielförderung tritt“.

Laut Gisela Deckart soll es einen Teil der bisherigen Abspielförderung neben den „Residenztagen“ weiterhin geben. Die „Residenztage“ seien dennoch „ein gerechteres und flächendeckenderes Instrument“. Durch das Bewerbungsverfahren sei die Qualität gesichert, das bestehende Fördersystem werde differenziert. Zudem fördere die Stadt Köln das Abspielen wie keine andere Stadt in NRW.

Dennoch gibt es die Befürchtung in der freien Szene, dass das Geld lediglich zugunsten der ohnehin recht komfortabel geförderten Comedia umgeschichtet werde. „Es ist eine Supermöglichkeit für die Comedia, ihre schlechten Spieltermine zu verticken“, wurde zudem als Vorwurf auf der letzten Sitzung der Theaterkonferenz laut. Gisela Deckart sieht das anders: „Die Comedia ist als Spielstätte sehr nachgefragt und hat einen entsprechend langen Vorlauf. Die Planung zu den Residenztagen ist sehr kurzfristig erfolgt. Ich bin froh, dass wir für 2010 überhaupt Termine realisieren können – die Planung im nächsten Jahr wird sicherlich entspannter“.

Wie dem auch sei, es ist gut, dass man nun in der Comedia Inszenierungen wieder erleben darf, die sonst für lange Zeit in der Versenkung verschwunden wären. Los ging es am 23. Mai mit einem Drei-Tage-Block des Wehrtheaters, die ihre grandiosen Produktionen „Medea“ 1 und 2 erstmals nacheinander zeigen konnten – nicht im kleinen Raketenklub, sondern auf großer Bühne. Am 3. Juni wird das Deutsch-Griechische Theater mit seiner Inszenierung „Migrantenchor“ gastieren. Das Theater gehört zu den renommiertesten von Köln und feiert in diesem Jahr 20jähriges Jubiläum – doch viele seiner Produktionen konnten nur selten in Köln gezeigt werden. Das theater-51grad.com mit seinem GLOBALIZE:COLOGNE-Beitrag „Andropolaroid“ (24.-31. Juli) bürgt ohnehin für ein hohes künstlerisches Niveau. Ein Jahr lang soll das Projekt „Residenztage“ nun ausprobiert werden. Bewährt sich die Förderung, soll sie zum festen Bestandteil der Kölner Theaterlandschaft werden.